

N i e d e r s c h r i f t

über die 1. des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Monheim am Rhein vom
11.09.2014

Sitzungsraum: Ratssaal, Rathaus, Rathausplatz 2, 40789
Monheim am Rhein
Beginn: 17:04 Uhr
Ende: 20:11 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der PETO-Fraktion

Herr Andy Eggert

Herr Ingo Elsner

Herr Florian Große-Allermann

Frau Julia Häusler

Herr Torsten Kinzel

Frau Janne Koch

Herr Tim Kögler

Herr Michael Lück

Frau Lisa Pientak

Herr Holger Radenbach

Herr Lucas Risse

Vertretung für Herrn Benedikt Reich

Vertretung für Frau Laura Töpfer

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Markus Gronauer

Frau Gabriele Hackel

Herr Michael Nagy

Vertretung für Herrn Tim Brühland

bis 20:03 Uhr

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Alexander Schumacher

Vertretung für Herrn Werner Goller

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Manfred Poell

DIE LINKE

Frau Badi Özgültekin

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel

Frau Estelle Dageroth

Herr Martin Frömmer

Herr Peter Heimann

Herr Guido Krämer

Herr Edgar Lenz

Herr Roland Liebermann

Herr Michael Lobe
Herr Dietmar Marx
Frau Sabine Noll
Herr Georg Thomanek
Herr Robert Ullrich

Gäste

Herr Frank Hüser
Herr Udo Jürkenbeck
Herr Jörg Köhl

Schriftführerin

Frau Anke Bitsch

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder der PETO-Fraktion

Herr Benedikt Reich
Frau Laura Töpfer

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Tim Brühland

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Werner Goller

FDP

Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz

von der Verwaltung

Herr Manfred Hein
Frau Gisela Herforth
Herr Georg Mittmann
Herr Uwe Trost
Herr Thomas Waters

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses IX/0111
3. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -
4. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 27.03.2014 IX/0096

- | | | |
|-------|---|---------|
| 5. | Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner | |
| 6. | Weiterentwicklung der strategischen Ziele "Monheim am Rhein 2020" | IX/0083 |
| 7. | Kanalauswechslung Hofstraße Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln im Teilfinanzplan B | IX/0109 |
| 8. | Räumliche Unterbringung des Städtischen Betriebshofes -Standortentscheidung und Planungsbeschluss- | IX/0059 |
| 9. | 2. Nachtragshaushaltssatzung 2014 | IX/0030 |
| 10. | Unterjähriger Bericht zum Stichtag 30.06.2014 - Gesamtverwaltung und Querschnittsbereiche | IX/0073 |
| 11. | Monheimer Elektrizitäts- und Gasversorgung GmbH: Flächen-deckender Aufbau eines Glasfasernetzes im Stadtgebiet Monheim am Rhein | IX/0081 |
| 12. | Antrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung eines Medizinischen Versorgungszentrums | IX/0110 |
| 13. | Mündliche Mitteilungen | |
| 13.1. | Ideenwettbewerb Corporate Design | |
| 14. | Mündliche Anfragen | |

SITZUNGSERGEBNIS:

In öffentlicher Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses fest. Unter Hinweis auf das Schreiben vom 08.09.2014 bittet er um Erweiterung der Tagesordnung des nichtöffentlichen Teils um die Vorlage IX/0113 als neuen Punkt 4. Es erfolgt keine Gegenrede.

Ratsfrau Özgültekin, die sich für die konstituierende Ratssitzung entschuldigen musste, wird gemäß § 67 Abs. 3 GO NRW vom Bürgermeister in ihr Amt eingeführt und in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet.

Die Verpflichtung in feierlicher Form erfolgt durch Erheben von den Plätzen und dem Nachsprechen der folgenden Formel durch Frau Özgültekin:
„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können

wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Monheim am Rhein erfüllen werde.“

2 Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses

Vorlage: IX/0111

Protokoll:

Der Bürgermeister bittet die Fraktionen darum, Vorschläge zum stellvertretenden Vorsitz des Haupt- und Finanzausschusses zu machen.

Die Sprecherin der Peto-Fraktion benennt Ratsherrn Lucas Risse. Weitere Vorschläge erfolgen nicht.

Beschlussempfehlung

Der Haupt- und Finanzausschuss wählt aus seiner Mitte gem. § 57 Abs. 3 Gemeindeordnung NRW zum stellvertretenden Vorsitzenden:

Ratsherrn Lucas Risse.

Herr Risse nimmt die Wahl an.

einstimmig zugestimmt (enthalten 1 SPD)

3 Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -

Protokoll:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Niederschrift zur Kenntnis.

4 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 27.03.2014

Vorlage: IX/0096

Protokoll:

Der Ausschuss nimmt den Ausführungsbericht zur Kenntnis.

5 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Protokoll:

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

6 Weiterentwicklung der strategischen Ziele "Monheim am Rhein 2020"

Vorlage: IX/0083

Protokoll:

Die strategischen Ziele werden durch den Bürgermeister anhand einer Power-Point-Präsentation erläutert.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen führt zu dem seitens der Fraktion eingereichten Antrag, in dem die Formulierung der Ziele 3 und 4 in geänderter Form vorgeschlagen wird.

Es sei noch unklar, ob sich der zur Diskussion gestellte Beschlussvorschlag lediglich auf die Zielformulierungen beziehe oder ob auch die jeweiligen Ausführungen Bestandteil des Beschlusses seien, merkt der Sprecher der CDU-Fraktion an.

Der Bürgermeister erklärt, dass sich der Beschluss lediglich auf die Zielformulierungen beziehe. Jedoch wäre durchaus geplant, dass die Ausführungen zur Klarstellung und Dokumentation auch im Internet veröffentlicht würden. Zu einzelnen Maßnahmen, auch wenn diese in den Erläuterungen aufgeführt seien, würden die notwendigen Beschlüsse jedoch gesondert vorbereitet und zur Abstimmung in die politischen Gremien eingebracht.

Der Sprecher der CDU-Fraktion erklärt, dass sich seine Fraktion dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen anschließe und beantragt weiterhin, zu Ziel 2 unter der Rubrik „Wie wollen wir das Ziel erreichen?“ eine Maßnahme zu ergänzen, die die Entwicklung eines Masterplans Schule zum Gegenstand habe.

Weiterhin sei die CDU-Fraktion unter Ziel 3 – „Wie wollen wir das Ziel erreichen?“ der Auffassung, dass die Gründung einer **städtischen** Wohnungsbaugesellschaft nicht zwingend die einzige und beste Alternative sei. Hier würde die Formulierung, dass die Verwaltung diese Maßnahme prüfe und ggf. auch die Gründung einer Genossenschaft in Frage käme, beantragt.

Die Sprecherin der Peto-Fraktion erklärt, dass die Aufnahme der beantragten Formulierung des Ziels 3 in Wohn-, Bau- und Sozialstruktur denkbar sei. Die Beschränkung auf das Berliner Viertel ergebe sich aus der Tatsache, dass dies nicht ausschliesse, dass im restlichen Stadtgebiet ebenfalls eine Verbesserung stattfinden könne und solle, sondern einen Schwerpunkt setze, der auch deutlich gemacht werden solle.

Bezüglich des Ziels 4 sei der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu unterstützen. Innerhalb der Peto-Fraktion sei daher folgender Vorschlag zur Zielformulierung erarbeitet worden: „Die Stadt Monheim am Rhein als Stadt am Fluss steigert ihre öffentliche Wahrnehmung als touristische Destination in kultureller und naturräumlicher Hinsicht“.

Hinsichtlich der seitens der CDU-Fraktion beantragten Änderungen der Erläuterungen sehe die Peto-Fraktion keinen Bedarf, da es selbstverständlich sei, dass hier nur Beispiele genannt seien und kein abschließender Katalog niedergelegt worden sei, so die Sprecherin der Peto-Fraktion.

Das Beifügen der exemplarischen Beispiele werde durch die SPD-Fraktion sehr begrüßt, so der Sprecher der SPD-Fraktion. Damit jedoch noch eine Beteiligung des Mehrgenerationenausschusses und des Ausschusses für Soziales erfolgen könne, rege die SPD-Fraktion an, die Beschlussfassung in den nächsten Sitzungslauf zu vertragen und die genannten Ausschüsse in die Beratungsfolge mit aufzunehmen.

Die von der Peto-Fraktion vorgeschlagene Formulierung des Ziels 4 werde von der CDU-Fraktion unterstützt, so der Sprecher der CDU-Fraktion. Zu Ziel 3 sei die Erweiterung vom Berliner Viertel auf das gesamte Stadtgebiet angebracht.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schließt sich dem Formulierungsvorschlag der Peto-Fraktion zu Ziel 4 an. Eine Ausweitung des Ziels 3 auf das gesamte Stadtgebiet sei weiterhin wünschenswert. Jedoch bestehe Einigkeit darüber, dass im Berliner Viertel der größte Handlungsbedarf bestehe und die Argumentation der Peto-Fraktion sei nachvollziehbar. Daher könne die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Vorschlag der Peto-Fraktion entgegenkommen.

Der Bürgermeister stellt die Anträge zur Abstimmung:

- Antrag der CDU-Fraktion zu den Ausführungen zu Ziel 3 hinsichtlich der städtischen Wohnungsbaugesellschaft bzw. Aufnahme der Wohnungsbaugenossenschaft

Die Sprecherin der Peto-Fraktion merkt an, dass es sinnvoll wäre, das Wort „städtische“ aus der Formulierung zu streichen. Durch die dann verbleibende Formulierung „Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft zur Aufwertung großer Mengen Wohnraum“ wären sowohl die Gesellschaftsform „Wohnungsbaugenossenschaft“ als auch eine mögliche „städtische Wohnungsbaugesellschaft“ erfasst.

Der Sprecher der CDU-Fraktion schließt sich dem Formulierungsvorschlag an.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

- Antrag der CDU-Fraktion zu den Ausführungen zu Ziel 2
Aufnahme eines weiteren Spiegelstrichs: „Überarbeitung der Schulentwicklungsplanung hinsichtlich der räumlichen Situation der Schulen im Frühjahr 2015“

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

- Änderungsvorschlag der Peto-Fraktion zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hinsichtlich der Aufnahme der Wohnstruktur in das Ziel 3
„Die Stadt Monheim am Rhein verbessert die Wohn-, Bau- und Sozialstruktur im Berliner Viertel“

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

- Formulierungsvorschlag der Peto-Fraktion zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hinsichtlich der Aufnahme der Begrifflichkeit „naturräumlich“ in die Formulierung des Ziels 4
„Die Stadt Monheim am Rhein als Stadt am Fluss steigert ihre öffentliche Wahrnehmung als touristische Destination in kultureller und naturräumlicher Hinsicht“

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

- Antrag der SPD-Fraktion auf Vertagung der Abstimmungen in den nächsten Sitzungslauf

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt (dafür: 1 SPD, enthalten: 1 Die Linke)

Im Anschluss stellt der Bürgermeister den Beschlussvorschlag, unter Berücksichtigung der vorgenannten Änderungen, insgesamt zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt die 5 strategischen Ziele „Monheim am Rhein 2020“ in der hier dargestellten weiterentwickelten Fassung.

einstimmig zugestimmt

7 Kanalauswechslung Hofstraße Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln im Teilfinanzplan B Vorlage: IX/0109

Protokoll:

Der Sprecher der SPD-Fraktion äußert seine Verwunderung darüber, dass die dringliche Entscheidung seitens eines Mitglieds der Mehrheitsfraktion unterzeichnet worden wäre, obwohl an diesem Tag auch ein Mitglied einer anderen Fraktion im Hause gewesen sei. Zur Vermeidung von Missverständnissen sei ein anderes Vorgehen wünschenswert.

Der Bürgermeister erklärt, dass er sehr genau abgewogen habe, an welches Ratsmitglied er sich bezüglich der Unterzeichnung wende. Hier habe überwogen, dass sichergestellt sei, dass die Entscheidung von der Mehrheit der Ratsmitglieder mitgetragen würde.

Diese Argumentation könne nicht nachvollzogen werden, so der Sprecher der CDU-Fraktion, da es üblich sei, dass der Bürgermeister seitens der Partei, der er angehöre, auch unterstützt würde. Auch er hätte begrüßt, wenn die Unterzeichnung der dringlichen Entscheidung seitens eines Mitglieds einer anderen Fraktion erfolgt wäre.

Beschlussempfehlung

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein genehmigt die am 15.08.2014 vom Bürgermeister und dem Ratsmitglied Lisa Pientak (PETO) getroffene dringliche Entscheidung zur außerplanmäßigen Bereitstellung von 170.000,-- Euro für die Planungs- und Baukosten bei der Investitionsmaßnahme I6005.009 „Kanalauswechslung Hofstraße“.

einstimmig zugestimmt

8 Räumliche Unterbringung des Städtischen Betriebshofes -Standortentscheidung und Planungsbeschluss- Vorlage: IX/0059

Protokoll:

Der Bürgermeister verweist auf die ausführliche Diskussion dieser Angelegenheit im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr.

Der Sprecher der CDU-Fraktion merkt an, dass eine inhaltliche Diskussion nicht mehr erfolgen müsse. Jedoch macht er seinen Unmut darüber deutlich, dass der Bürgermeister im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr geäußert habe, dass der Beschluss bezüglich des Erwerbs des Grundstücks und

der dortigen Errichtung des Betriebshofes einstimmig im Rat gefasst worden sei. Den jedoch aus seiner Sicht wichtigsten Satz habe er bei seinen Ausführungen nicht erwähnt. So sei dort protokolliert worden, dass die CDU-Fraktion in keiner Weise damit einverstanden sei, dass der städtische Betriebshof dorthin verlagert würde, sondern einen Neubau an anderer Stelle präferiere. Die Zustimmung zum Erwerb des Grundstücks sei einzig zu Zwecken der Wirtschaftsförderung erfolgt. Auch die nun zur Beschlussfassung vorliegende Vorlage mache deutlich, dass bisher lediglich der Grundstückserwerb Gegenstand der Beschlussfassung gewesen sei.

Diesen Vorwurf weist der Bürgermeister zurück. Zwar habe er in der genannten Ausschusssitzung den damaligen Ratsbeschluss vorgelesen, aber er habe zuvor explizit darauf hingewiesen, dass das Protokoll der Ratssitzung enthalte, dass die CDU-Fraktion zum Ausdruck gebracht habe, dass die Errichtung des Betriebshofes an anderer Stelle bevorzuge. Jedoch verwundere die Zustimmung seitens der CDU-Fraktion zum Erwerb des Grundstücks, wenn andererseits die Unterbringung des Betriebshofes abgelehnt würde. Der Erwerb der Fläche sei aus seiner Sicht nicht nachvollziehbar, wenn der Betriebshof dort nicht errichtet würde, da es nahezu unmöglich sei, einen anderen Nutzer für die auf dem Grundstück vorhandene Halle zu finden.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe die Ausführungen im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Wohnen ebenso aufgefasst wie von dem Sprecher der CDU-Fraktion dargestellt. Auch er habe es damals so verstanden, dass das Grundstück für andere Zwecke nutzbar sei und der Erwerb eine günstige Gelegenheit für die Stadt Monheim am Rhein darstelle. Daher habe auch seine Fraktion den Grundstückserwerb befürwortet, obwohl ein Neubau an anderer Stelle gewünscht würde. Daher könne seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen.

Der Vorschlag der Verwaltung werde unterstützt, merkt der Sprecher der Peto-Fraktion an. Es dürfe auch nicht außer Acht gelassen werden, dass ein Neubau wesentlich höhere Kosten verursachen würde, wie aus der anliegenden Kalkulation ersichtlich sei.

Die Sprecher der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen weisen darauf hin, dass die Kostenaufstellung nicht berücksichtige, dass in dem Grundstückspreis von 1,8 Mio. € die Gebäude enthalten seien. Ein vergleichbares unbebautes Grundstück könne für ca. 0,8 Mio. € erworben werden, so dass diese Differenz von 1 Mio. € bei der Betrachtung der beiden Varianten dazu führen würde, dass der Neubau nicht mehr um 2 Mio. €, sondern nur noch um ca. 1 Mio. € günstiger wäre. Weiterhin sei nicht der tatsächliche Grundstücksbedarf berücksichtigt worden. Bei der Neubauvariante habe man Kosten für ein ebenso großes Grundstück wie das an der Robert-Bosch-Straße angesetzt, obwohl ein kleineres Grundstück ausreichend wäre. Zu berücksichtigen sei nur ein Grundstück in der Größe des tatsächlichen Bedarfs, so dass eine weitere Senkung der Kosten für die Neubauvariante erfolgen würde. Ebenfalls führe die Berechnung auf Grundlage der BKI-Kennwerten zu unrealistisch erhöhten Kosten.

Die Verwaltung merkt an, dass sich die Kalkulation auf der Grundlage der BKI-Kennwerte bei dem Neubau der Musikschule als richtig herausgestellt habe. Hinsichtlich der Grundstücksfläche sei zu berücksichtigen, dass bei einem Neubau nicht, wie bei der Herrichtung des vorhandenen Gebäudes über 2 Stockwerke gebaut würde und daher die angenommene Grundstücksfläche realistisch geschätzt sei. Im Übrigen wird auf die hierzu bereits erfolgte Diskussion im Aus-

schluss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Wohnen verwiesen.

Die Sprecherin der Peto-Fraktion merkt an, dass an der rechtssicheren und korrekten Kostenkalkulation der Verwaltung keinerlei Zweifel bestünden.

Beschlussempfehlung

1. Der Städtische Betriebshof wird langfristig an der Robert-Bosch-Straße 3 untergebracht.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Entwurfsplanung für die erforderlichen Baumaßnahmen der Gebäude und der Freianlagen zu erstellen und anschließend den Ratsgremien zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen.
3. Das erforderliche Investitionsvolumen in Höhe von 4,7 Mio. € wird in die Haushaltsplanberatungen (Teilfinanzplan B) für das Jahr 2015 eingebracht und dort bereitgestellt.

mehrheitlich zugestimmt (dagegen: 3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, enthalten: 1 Die Linke)

9 2. Nachtragshaushaltssatzung 2014 Vorlage: IX/0030

Protokoll:

Die Verwaltung weist darauf hin, dass sich zwischenzeitlich eine weitere Änderung im Bereich der Asylbewerber ergeben habe. Hier sei eine Erhöhung der Aufwendungen um 400.000 € zu erwarten, die auf die extreme Steigerung von asylsuchenden Personen zurückzuführen sei. Zur Ratssitzung werde diese Veränderung in Form einer Änderungsliste schriftlich vorgelegt.

Der Sprecher der SPD-Fraktion fragt nach, was sich hinter den Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten in Höhe von 790.000 € verberge.

Hierbei handele es sich um 500.000 € für den Erwerb eines Grundstücks auf der Heinestraße und 30.000 € eines Grundstücksteilstücks auf der Rheinpromenade und aus 260.000 € für Planungskosten für die Verlängerung der Rheinpromenade.

Der Bürgermeister stellt den Beschlussvorschlag unter Berücksichtigung der Änderung zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung

1. Der Verwaltungsentwurf der 2. Nachtragshaushaltssatzung zur Haushaltssatzung 2014 vom 22.01.2014 wird unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlenen Änderungen, die er
 - a) aufgrund eigener Zuständigkeit oder
 - b) aufgrund der Vorschläge der Verwaltung

beschlossen hat, angenommen.

2. Die 2. Nachtragshaushaltssatzung zur Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein für das Haushaltsjahr 2014 wird mitsamt ihren Anlagen beschlossen. Die als Anlage 1 beigefügte 2. Nachtragshaushaltssatzung

2014 wird Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 10** **Unterjähriger Bericht zum Stichtag 30.06.2014 - Gesamtverwaltung und Querschnittsbereiche**
Vorlage: IX/0073

Protokoll:

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass mit einem Gewerbesteuerergebnis zu rechnen sei, das 10 Mio. € über dem Haushaltsansatz läge. Im Jahresergebnis könne daher mit einem Ergebnis von 29,6 Mio. € statt der bisherigen 21,4 Mio. € Überschuss kalkuliert werden.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht zur Kenntnis.

- 11** **Monheimer Elektrizitäts- und Gasversorgung GmbH: Flächendeckender Aufbau eines Glasfasernetzes im Stadtgebiet Monheim am Rhein**
Vorlage: IX/0081

Protokoll:

Herr Jürkenbeck, Geschäftsführer der MEGA, erläutert die Vorlage anhand einer Power-Point-Präsentation.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet um Angabe, ob das bereits vorhandene Glasfaserkabelnetz einbezogen würde.

Dies sei derzeit vermietet, führt Herr Jürkenbeck aus. Hier würden Verhandlungen mit dem Mieter erfolgen, ob ggf. Teile mitgenutzt werden könnten. Sofern dies der Fall sei, würde sich das Ergebnis durch die Nutzung dieser Synergieeffekte weiter verbessern.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragt nach, ob die Zahlung der Stadt Monheim am Rhein in Höhe von 10,4 Mio. € zurückfließen werde.

Herr Jürkenbeck erklärt, dass die Investition inklusive einer Verzinsung in Höhe von rund 4% im MVV-Konzern verbleibe. Dieses Eigenkapital sei bilanziell durch die Wertsteigerung der MEGA weiterhin vorhanden, ergänzt der Bürgermeister.

Ob ein Netz für den Zählerdatenaustausch vorhanden oder neu ausgebaut werden müsse, fragt der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nach.

Hier sei ein Neuausbau notwendig, so Herr Jürkenbeck.

Das Anliegen werde seitens der SPD-Fraktion unterstützt, erklärt der Sprecher der SPD-Fraktion. Es sei erwähnt worden, dass mit einer Anschlussquote von 72% aller Gebäude zu rechnen sei. Hier stelle sich die Frage, wie diese Schätzung erfolgt sei und wann mit einem Anschluss der verbleibenden 28% der Gebäude zu rechnen sei.

Die 72% ergäben sich aus einer Schätzung, führt der Bürgermeister aus. Es werde davon ausgegangen, dass 28% aller Hauseigentümer die Zustimmungserklä-

zung nicht erteilen werden. Im ersten Anlauf sei der Anschluss kostenfrei. Ein nachträglicher Anschluss könne zu jeder Zeit nachgeholt werden, dann jedoch auf Kosten des Hauseigentümers.

Die MEGA beabsichtige, 10,4 Mio. € durch Kredite zu finanzieren. Der Sprecher der SPD-Fraktion bittet um Angabe, ob die Stadt Monheim am Rhein als Kreditgeber in Frage käme.

Es sei mit in die Überlegungen einbezogen worden, den Gesamtbetrag aus städtischen Mitteln zur Verfügung zu stellen, erklärt die Verwaltung. Hiervon sei jedoch abzuraten, da auch öffentlich geförderte Kredite für solche Maßnahmen beansprucht werden könnten. Auch stünde dieser Betrag der Liquiditätsreserve dann nicht mehr zur Verfügung.

Eine Abstimmung sei derzeit noch nicht möglich, erklärt der Sprecher der CDU-Fraktion. Es müsste noch ausführlich innerhalb der Fraktion beraten werden. Hierzu finde ein Termin mit Herrn Jürkenbeck statt. Daher werde sich die CDU-Fraktion zunächst enthalten.

Der Sprecher der Peto-Fraktion merkt an, dass die zukunftsweisende Maßnahme seitens der Fraktion unterstützt werde.

Beschlussempfehlung

1. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein stimmt dem Aufbau eines flächendeckenden Glasfasernetzes durch die MEGA unter den in dieser Vorlage dargestellten Rahmenbedingungen zu.
2. Die MEGA tritt ab 2015 mit einer zusätzlichen Marke als Telekommunikationsdienstleister auf, der Privat- und Gewerbekunden Produkte aus den Bereichen Internet, Telefonie und TV anbietet.
3. Zur Unterstützung der Erstinvestitionen im Rahmen des Netzausbaus in Höhe von etwa 20,8 Mio. Euro werden der MEGA durch Einzahlung in die Kapitalrücklage der MVV 10,4 Mio. Euro zugeführt.

einstimmig zugestimmt (enthalten: 3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 Die Linke)

12 Antrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung eines Medizinischen Versorgungszentrums Vorlage: IX/0110

Protokoll:

Der Bürgermeister trägt vor, dass seitens verschiedener Ärzte großes Interesse bestehe. Es seien alle geplanten Gespräche geführt worden, die die Grundlage für den Versand einiger Vorverträge gewesen seien. Der Rücklauf finde in den nächsten Wochen statt. Ziel sei es, eine Gruppe von Fachärztinnen und -ärzten zu finden. Diese könnten in einem zweiten Schritt um medizinische Dienstleistungen, z.B. Physiotherapie, ergänzt werden. Es sei nun auch ein Auftrag vergeben worden, ein Raumkonzept anhand der Rückläufe zu erstellen. Bis zum Ende des Jahres solle der Bebauungsplan entsprechend angepasst werden. Realisierbar sei die Errichtung des Gesundheitscampus vermutlich nur mit einem Neubau.

Der Sprecher der SPD-Fraktion bittet um Mitteilung, ob es nach wie vor geplant sei, mit der Umsetzung im Jahr 2015 zu beginnen.

Der Baubeginn sei immer noch in der zweiten Jahreshälfte 2015 möglich, so der Bürgermeister.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragt nach, ob in diesem Gesundheitscampus auch eine Notfallversorgung möglich sein werde.

Das wäre sehr zu begrüßen, äußert der Bürgermeister. Die Realisierbarkeit einer Notfallversorgung für 24-Stunden sei jedoch eher unwahrscheinlich. Es wäre erstrebenswert, eine Ärztin oder einen Arzt zu finden, die oder der während der Öffnungszeiten die Notfallversorgung übernehmen könne.

Für die CDU-Fraktion sei die Ausstattung Monheims mit einer ähnlichen medizinischen Versorgung wie sie vor der Schließung des Krankenhauses bestanden habe, das wichtigste Ziel überhaupt, so deren Sprecher. Daher könne möglicher Weise zum Aufbau des Glasfasernetzes keine Zustimmung erfolgen, da diese Mittel besser für die medizinische Versorgung der Monheimer Bürgerschaft eingesetzt werden könnten.

Der Bürgermeister erklärt, dass nicht geplant sei, das Projekt des Gesundheitscampus zu bezuschussen. Ziel müsse es sein, dafür Sorge zu tragen, dass sich dieses Projekt rechnen werde. Bereits jetzt gebe es eine große Anzahl von Investoren, die sich für das Projekt interessieren. Bevor hier jedoch Gespräche stattfinden könnten, müsse zunächst ein inhaltliches Konzept erarbeitet werden.

13 Mündliche Mitteilungen

13.1 Ideenwettbewerb Corporate Design

Protokoll:

Es habe ein Ideenwettbewerb zur Entwicklung eines Corporate Designs für die Stadt Monheim am Rhein stattgefunden, teilt der Bürgermeister mit. Gegen Zahlung einer Aufwandsentschädigung wurden die Agenturen zur Entwicklung eines neuen Stadtlogos aufgerufen. Es gebe nun 11 Entwürfe von 8 Agenturen, die am 29.09.2014 um 18:00 Uhr den Fraktionen präsentiert werden sollen. Die Einladungen wurden bereits versandt. Gemeinsam solle dann eine Agentur ausgewählt werden, die mit der weiteren Ausarbeitung ihres Konzepts beauftragt werden solle.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragt nach, wie hoch die Aufwandsentschädigung gewesen sei.

Insgesamt seien 10.000 € ausgegeben worden, so der Bürgermeister.

Der Sprecher der CDU-Fraktion regt aus wirtschaftlichen Aspekten an, die dann nicht mehr aktuellen Umschläge für den internen Gebrauch vorzuhalten.

14 Mündliche Anfragen

Protokoll:

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Daniel Zimmermann
Bürgermeister

Anke Bitsch
Schriftführerin